

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 149. Ratssitzung vom 2. Juni 2021

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nr. 2020/520 und 2021/140

4008. 2020/520

Weisung vom 18.11.2020:

Elektrizitätswerk, Verkauf Kernenergiebeteiligungen, Bericht

Antrag des Stadtrats

Der Bericht über den Abbruch des Verhandlungsprozesses mit den beiden vorliegenden Interessenten wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2020/520 und 2021/140.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Michael Kraft (SP): *Es geht um folgende zwei Beteiligungen: Einerseits ist die Stadt über das Elektrizitätswerk Zürich (ewz) mit 15 Prozent an der Kernkraftwerke Gösgen AG beteiligt und andererseits mit 20,5 Prozent an der AG für Kernenergiebeteiligungen Luzern, kurz AKEB. Diese AKEB hat wiederum langfristige Energiebezugsrechte aus Leibstadt und aus den französischen Anlagen Bugey und Cattenom. 2016 – das wissen Sie alle – hat die Stimmbevölkerung der Stadt den Auftrag erteilt, bis 2034 alle Beteiligungen an AKWs aufzugeben. Der Stadtrat hat den Prozess in den vergangenen Jahren aufgegleist. Unter anderem wurden durch den Gemeinderat 2,2 Millionen Franken für Beratungsdienstleistungen gesprochen. In der Weisung damals wurde auch das weitere Vorgehen definiert. Der Prozess wurde in zwei Phasen gegliedert: einerseits die Vorabklärungen und andererseits, in der zweiten Phase, der eigentliche Verkauf. Dieser soll aber nur erfolgen, wenn die Erfolgsaussichten als intakt eingestuft werden. Experten und Expertinnen beurteilten die Rechtslage als unsicher und die Transaktion als hürdenreich. AKEB, KKG, Partner, Aktionäre – viele Player spielen mit, die alle über Möglichkeiten verfügen, eine solche Transaktion zu verhindern oder zumindest zu verzögern. Geht dies zu lange, kann es geschehen, dass sich ein Käufer oder eine Käuferin wieder zurückzieht. Das ewz führte bereits 2019 Sondierungen durch. Es wurden 93 Unternehmen in der Schweiz und im nahen Ausland kontaktiert. Es gibt grundsätzlich Interessenten für den Kauf der Beteiligungen, aber nicht in der Schweizer Energiewirtschaft. Der Stadtrat startete daraufhin einen globalen Verkaufsprozess. Dafür wurden Dienstleistungen eines Beratungsbüros in Anspruch genommen und – mit verschiedenen Kriterien wie etwa «keine Kinderarbeit», «wenig Korruption», «Menschenrechte», «Nachhaltigkeit» – die Interessenten wurden damit einer Reputationsanalyse unterzogen. Von ursprünglich 189 blieben in der sogenannten grünen Kategorie noch 109 übrig. Diese wurden formell angeschrieben, worauf mehrere, nicht-bindende Angebote eingingen. Diese Offerten wurden dann anhand betriebswirtschaftlicher Kriterien beurteilt. Am Schluss blieben zwei Angebote europäischer Tochterfirmen global tätiger Energieunternehmen,*

die im Nuklearbereich aktiv sind. Bei einem ist die Anbieterin eine nicht-europäische Investmentgesellschaft aus der westlichen Hemisphäre und beim anderen ein nicht-europäisches Energieunternehmen aus der östlichen Hemisphäre. Damit war die Phase eins abgeschlossen. Der Stadtrat beurteilte die Situation zu diesem Zeitpunkt neu und stellte fest, dass für eine Weiterführung des Verkaufsprozesses mehr finanzielle Mittel benötigt werden. Dies ohne Gewähr, dass alle Risiken übertragen werden können, dass es auch zu einem Verkauf kommt und mit verschiedenen nicht-unerheblichen Transaktions- und Reputationsrisiken versehen. Es könnte gar sein, dass die AKW noch länger betrieben werden, als man möchte, wenn man die Beteiligungen verkauft. Dies schlicht aus dem Grund, weil die Interessenten das Maximum aus ihrem Einkauf herausholen möchten. Das würde der Intention der Volksabstimmung und dem städtischen Ziel widersprechen. Kurz: den Kosten und Risiken steht eine zu geringe Erfolgsaussicht gegenüber. Der Stadtrat hat darum beschlossen, den Verhandlungsprozess mit den beiden übriggebliebenen Interessenten nicht weiterzuführen. Der Auftrag zum Verkauf bleibt weiter bestehen. Die Situation soll deshalb regelmässig neu beurteilt werden und, wenn sich die Chancen verbessern, entsprechende Verkaufsbestrebungen wieder aufgenommen werden. Die Kommission hat den Bericht und seine Erkenntnisse diskutiert, dankt für die ausführliche Darstellung des Prozesses und hält die Ausführungen für nachvollziehbar. Die Bemühungen des Departements und von ewz wurden gewürdigt. Es ist klar – und das hat der Stadtrat betont – dass der Verkaufsauftrag weiter bestehen bleibt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es aber nicht sinnvoll, weiter zu suchen. Dies wäre es, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern und beispielsweise der Bund einen Stilllegungstermin für die Schweizer AKW festlegt. Die Situation ist aus Sicht der Kommission ernüchternd und vielleicht auch unbefriedigend, aber der Bericht ist so zur Kenntnis zu nehmen. Über allfällige weitere Aktivitäten werden wir mit einem Begleitpostulat diskutieren. Die Kommission empfiehlt dem Rat einstimmig, der Weisung zuzustimmen.

(Fraktionserklärung siehe Beschluss-Nr. 4009/2021)

Ronny Siev (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3795/2021): *Im Jahr 2016 sprach sich die Bevölkerung ganz klar für den Atomausstieg bis ins Jahr 2034 aus. Der Stadtrat hat den Verkauf der städtischen Beteiligungen an den Kernkraftwerken daraufhin in die Wege geleitet. Er wurde professionell unterstützt, der Prozess hat auch über zwei Millionen Franken gekostet. Das ernüchternde Ergebnis wurde von allen auch so erwartet – insbesondere von den Departementsvorstehern, die dem ewz vorstanden. Es lässt sich kein akzeptabler, solventer und valabler Käufer finden. Die derzeitigen Aktionäre – verschiedene Schweizer Elektrizitätsproduzenten und die SBB – wollten nicht aufstocken. Energie de France war nicht interessiert. Die einzigen beiden Interessenten sind nicht akzeptabel. Sie verfügen nicht über das Credit Rating der Stadt. Problematisch ist insbesondere die Übertragung der Risiken an diese Firmen. Die Partneraktionäre der Beteiligungsgesellschaft haben ausserdem ein Vorkaufsrecht und Einsprachemöglichkeiten. Sie können jeden Käufer ablehnen, wenn das Credit Rating nicht das gleiche ist wie jenes der Stadt, was logischerweise bei fast allen der Fall ist. Sie haben Angst vor den Risiken bei Stilllegung und Rückbau: Werden die Interessenten ihren Anteil übernehmen? Bei Käufern ohne lokale Verankerung besteht ein zusätzliches Problem: Diese möchten die AKW möglichst lange betreiben, was logischerweise dem*

Willen der Stimmbevölkerung widerspricht. Zusätzlich bestehen Reputationsrisiken, weshalb der Stadtrat den Verkauf an diese Interessenten nicht weiterverfolgte. Wie geht es nun weiter? Das ewz hat angekündigt, die Situation regelmässig neu zu beurteilen und sobald sich die Chancen für den Verkauf verbessern, werden die Bestrebungen wieder aufgenommen. Wir begrüssen das, halten das Ziel aber für nicht realistisch. Die GLP steht weiterhin für ein Fading Out bei der Kernenergie. Hintergrund sind das enorme Risiko, die hohen Sicherheitskosten und die ungelöste Frage der Endlagerung atomarer Abfälle. Im Schadensfall gibt es keine genügende Versicherung und die finanziellen Reserven reichen für den Rückbau und die Lagerung der Abfälle nach der Stilllegung nicht aus. Damit wir auch künftig über genügend Strom verfügen, sind wir weiterhin für zusätzliche Investitionen in erneuerbare Energien. Was haben wir nun unternommen? Die GLP, zusammen mit der SP und der Grüne-Fraktion haben ein Begleitpostulat eingereicht, das den Stadtrat auffordert, auf eine Stilllegung der Kernkraftwerke bis 2034 hinzuwirken und dem Gemeinderat alle vier Jahre über diese Bemühungen zu berichten. Wir sind gespannt, was in diesen Berichten steht und auf die Entwicklung in den noch kommenden drei Berichten. Zur Erinnerung: Wir können dieses Stilllegungsziel allein nicht erreichen. Die Partneraktionäre müssen zustimmen. Sollten wir diese nicht überzeugen können, verstossen wir ab 2035 gegen die Gemeindeordnung. Zur Klarstellung: Dieses Postulat fordert nicht die Stilllegung. Das können wir leider nicht. Es fordert die konsequente Hinwirkung bei den Partneraktionären auf eine Stilllegung. Man soll konsequent nach Allianzen suchen, damit wir die Gemeindeordnung einhalten und unsere AKW 2034 stilllegen können.

Johann Widmer (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. April 2021 gestellten Ablehnungsantrag: *Es freut mich, dass es nun etwas ruhig geworden ist und ich Ihnen die ablehnende Haltung der SVP begründen darf. Ich beginne mit der Geschichte, weil diese immer wieder vergessen geht. Das Schweizer Stimmvolk hat die extremistische Schweizer Atomausstiegsinitiative im November 2016 abgelehnt. 2017 nahmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das revidierte Energiegesetz als Mogelpackung an. Das Gesetz dient dazu, den Energieverbrauch zu senken, die Energieeffizienz zu erhöhen, die erneuerbaren Energien zu fördern und den Bau neuer Kernkraftwerke zu verbieten. Bundesrat und Parlament setzen im Rahmen der Energiestrategie 2050 auf einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Die bestehenden KKW sollen bis zu ihrem altersbedingten Ende weiterlaufen, dürfen aber nicht durch neue ersetzt werden. Das ist der aktuelle Stand. Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher haben sich mit 70 Prozent für einen beschleunigten Ausstieg ausgesprochen. Das deutliche Ja verpflichtet die Stadt, bis 2034 auszusteigen. Während also die Lichter in der Schweiz erst 2050 ausgehen, gehen sie in der Stadt schon 2034 aus. Es wird dann stockdunkel. Es wird ja wohl einen Grund haben, warum sich die Bundespolitik bis 2050 Zeit gibt. Die linke Politik in der Stadt hat zu einem Deadlock geführt. Das freut die SVP, weil wir das immer aufgezeigt haben – leider immer ohne erkennbare Rückkehr zur Vernunft bei den Linken und Grünen AKW-Ausstiegsturbos. Die linke Stadtregierung und ihre willfähigen linken Gemeinderäte sollen diese Suppe auslöffeln. Ihr wollt bis 2034 abstellen und versuchen, diese Anlagen jemandem anzudrehen. Das ist weltfremd und muss scheitern. Auch dagegen hat sich die SVP leider erfolglos mehrfach gewehrt. Nun hat die Realität die Linken eingeholt. Das nennt man Politikversagen.*

Das Postulat verlangt nun das nächste Versagen: man soll als Minderheitsaktionär die anderen Aktionäre dazu bewegen, das KKW abzustellen – dass sie also auf Rendite verzichten sollen, die durch das Produzieren von Strom bis ans Ende der Lebensdauer entsteht. Das ist eine beispiellose Vernichtung von Wert, wie sie nur in einer planwirtschaftlichen Ökonomie ernsthaft ins Auge gefasst werden kann. Macht man es trotzdem, werden von den anderen Aktionären Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe an die Stadt getragen werden. Oder ihr müsst dem Stimmbürger erklären, warum ihr so eine durchführbare Vorlage zur Abstimmung gebracht habt. Das ist aus meiner Sicht eine politische Bankrotterklärung, es wird aber die logische Folge eures Handelns sein. Dazu muss man kein Hellseher sein. Die Stadt soll sich gefälligst an die Vorlagen des Bundes halten. Ich habe noch ein Rätsel: Was haben die folgenden Länder gemeinsam und was bedeuten die Zahlen, die ich nenne? Tschechien, Bulgarien, Finnland, Rumänien, Grossbritannien, Ungarn, Türkei und Ukraine je 2; China 44; Russland 24; Indien 14; Usbekistan 2; Pakistan 1. Die Lösung: Das sind die cleveren Volkswirtschaften, die das CO₂ vermindern und gleichzeitig eine solide Energiebasis schaffen für ihre Industrien. Die Zahlen sind die Anzahl der KKW, die aktuell oder demnächst gebaut werden. Die Schweiz wird die Utopie der KKW teuer bezahlen müssen. Zur Erinnerung: Die KKW sind die effizientesten; neue KKW haben kaum Abfallprobleme; KKW sind die einzige Energiequelle, die eine positive CO₂-Bilanz aufweisen. Sie nützen auf jeden Fall mehr als dieses unsägliche CO₂-Gesetz. Ihr habt dem Stimmvolk versprochen, eine Lösung bis 2034 zu haben. Das Postulat mit dem konzeptlosen Herumrudern zeigt aber: Ihr habt sie nicht. Ihr habt das Volk belogen. Unsere Wirtschaft geht den Bach runter; unsere Arbeitsplätze sind wegen eurer utopischen Husarenstücke gefährdet; die vielen neuen Zuwanderer, die ihr ins Land lasst, werden mit uns zusammen frieren und im Dunkeln sitzen. Das ist verantwortungslos. Darum sollte man die KKW so lange wie möglich laufen lassen – wie es der Bund auch vorhat. Darum lehnt die SVP das Postulat ab und warnt vor den katastrophalen Folgen der Umsetzung solcher Ansinnen.

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Kirstein (AL): *Theodor W. Adorno ist recht zu geben, wenn er sagt, es gebe kein richtiges Leben im falschen. Er schrieb seine Minima Moralia aber nicht als Generalabsolution für jene, die jede Dummheit mit den Umständen entschuldigen, sondern im Gegenteil. Ich gebe zu, dass die Umstände schlecht sind. Erstens: Die Stadt Zürich hat in Zeiten, als die Kernenergie als sauber galt – es gibt heute noch Leute, die aus dieser Zeit übriggeblieben sind – Anteile der Gösigen-Däniken AG und der AKEB erworben. Die Stadt tat dies nicht zuletzt deshalb, um die Stromversorgung zu sichern. Zweitens: Der Bund will bis heute partout kein Ausstiegsdatum für die Atomenergie nennen. Drittens: Die Stimmbevölkerung hat im Jahr 2016 einer Vorlage mit dem irreführenden Titel «Ausstieg der Stadt Zürich aus der Kernenergie» zugestimmt. Was sagt uns der vorliegende Bericht? Er zeigt in aller Deutlichkeit, was die AL-Fraktion – leider nicht die AL als Partei – anlässlich der unseligen Ausstiegsdebatte in diesem Rat bereits ausführte. Erstens: Ein Verkauf von Beteiligungen ist kein Ausstieg aus der Atomenergie. Es ist geradezu das Gegenteil, denn kaufen tut jemand nur etwas Attraktives. Wir gehen aber zu Recht mit der Behauptung in die Diskussion, dass Kernenergie in keiner Weise attraktiv ist.*

Weder ökologisch noch wirtschaftlich. Allfällige Käufer – da war der Stadtrat wohl weniger überrascht als links-grün – sind nicht sonderlich attraktiv. Sie genügten den zu Recht aufgestellten Kriterien nicht; stammen aus Ländern, in denen ganz andere Atomenergiestrategien gelten – wir haben es von Johann Widmer (SVP) gehört. Mehrere sagten – und das hat mich gefreut – der Bericht sei ernüchternd. Ich schaue jetzt nach links – rechts muss weghören, da sie nichts davon haben: Die Ernüchterung kommt nach dem Rausch. Sie haben mehrfach bestätigt: Aus einem Rausch heraus, aus der Stadt Zürich eine atomstromfreie Insel zu machen, hat man dem Volk eine Vorlage präsentiert, bei der klar war, dass sie unerfüllbar war. Für diese Übung hat man bereits – und das wiederum gegen die erklärte Meinung der AL-Fraktion – fast zwei Millionen Franken für Fremdleistungen ausgegeben. STR Michael Baumer wird dazu vielleicht noch etwas sagen, dass sicher nochmal so hohe Beträge für Eigenleistungen ausgegeben wurden. Der Grüne-Vertreter in der Kommission nahm das mit einem Achselzucken hin und sagte, es sei noch interessant und man sei nicht sonderlich überrascht. Mit welchem Erfolg hat man dieses Geld ausgegeben? Einzig, um auszuweisen, dass die AL von Anfang an Recht hatte. Das freut mich natürlich, aber denken Sie nicht, dass das etwas teuer war? Beteiligungen sind nur zu verkaufen, wenn AKW möglichst lange laufen. Denn eine Kapitalanlage weckt kein Interesse, wenn nicht möglichst lange eine staatlich geschützte Rendite erzielt werden kann. In letzter Konsequenz müsste die Koalition der Verkaufswilligen für eine möglichst lange Laufzeit der AKW weibel, damit die Stadt Zürich zumindest vordergründig zu einer atomfreien Zone wird. Es ist dem Stadtrat hoch anzurechnen, dass er mittels des vorliegenden Berichts den Stopp der Aktivitäten erklärt. Auch die stadträtlichen, erwartbaren poetischen Auslassungen zur Begrenzung dieses Desasters sind für einmal erfreulich bescheiden ausgefallen. Ich fordere nun die Koalition der Verkaufswilligen auf, der Bevölkerung endlich reinen Wein einzuschenken und Artikel 125 der Gemeindeordnung streichen zu lassen. Alle weiteren Bemühungen und Bittschriften, die Sie der Regierung hier vorne zustellen, sind absolut sinnlos und beschäftigen die Verwaltung mit noch mehr Kostenfolgen, ohne einen Mehrwert zu generieren.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Andreas Kirstein (AL) hat es schön formuliert: Nach dem Rausch kommt die Ernüchterung. Ich würde dazu sagen: Nach dem Rausch und der Trunkenheit kommt der Kater. In der Abstimmungsvorlage wurde ein Kater im Sack verkauft. Will man das schönreden, war es aus politischem Idealismus geschehen. Der Realismus hat diesen aber längst eingeholt. Es ist sicherlich zu respektieren, dass der Stadtrat alles unternommen hat, um die Anteile zu verkaufen. Es muss nicht weiter verwundern, dass es nicht möglich war, diese unmögliche Mission zu erfüllen. Es war nicht die erste Volksabstimmung, die etwas vorgaukelte, das nicht erfüllbar ist. Bei der 2000-Watt-Gesellschaft ist es ähnlich. Wollte man diese konsequent durchziehen hiesse es: kalt duschen oder stinken? Hier könnte man die ganze Atomdiskussion nochmals starten. Die Möglichkeiten eines Blackouts kommen, wenn man alles elektrifizieren will. Die Schweiz will aus der Atomenergie aussteigen und das bei regelmässiger Westwindlage. In Frankreich stehen viele Atommeiler. Das ist also ein hoffnungslos idealistisches Unterfangen, das nirgendwohin führt. Johann Widmer (SVP) hat sehr gut aufgelistet, was andere Länder tun. Noch schlimmer: In China, das im Jahr 2060 Netto-Null erreichen will, sind 40 Kohlekraftwerke in Bau gegangen. Wir begeben uns auf ein Feld, auf dem*

wir uns verrennen. So wie sich der Stadtrat verrennen würde, wollte er die Anteile verkaufen – er müsste etwas zahlen, um sie verschenken zu können.

Michael Kraft (SP): Ergänzend zu dem, was ich aus der Kommission sagte, möchte ich die Position der SP darstellen. Wir nehmen den Bericht zu Kenntnis und können die Ausführungen nachvollziehen. Alle sind sich einig, dass die aktuelle Situation unbefriedigend ist. Wir haben einen Auftrag von der Stimmbevölkerung zum Verkauf der Anteile und dieser besteht nach wie vor. Aus meiner Sicht ist weniger das konkrete Ausstiegsdatum entscheidend, sondern die Sicherheit, die eine potenzielle Käuferin oder ein potenzieller Käufer haben müsste. Darum wäre es so wichtig, auf nationaler Ebene klare Rahmenbedingungen zu haben, damit klar ist, was man allenfalls einkauft. Da setzt die Geschichte des Begleitpostulats an: Umso wichtiger scheint uns, dass der Stadtrat weitere Schritte unternimmt. Es geht in erster Linie um die Bündelung der Interessen von Partnern, die ebenfalls einen solchen Ausstieg anstreben. Es ist nicht so, dass die Stadt Zürich eine politische Insel ist, um die nur Atomturbos sind. Man sollte auch auf Bundesebene bei jeder sich bietenden Gelegenheit daraufhin wirken, die gewünschten Rahmenbedingungen zu erhalten. Das Postulat von SP, Grüne und GLP will an diesen Punkten ansetzen. Es geht um ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Aktionärinnen und Aktionären und darum, dass der Gemeinderat weiterhin ein Auge auf den Fortschritt des weiterhin bestehenden Auftrags haben kann – darum die Berichterstattung einmal pro Legislatur.

Markus Kunz (Grüne): Heute ist offenbar der Abend der Gratis-Häme und der politischen Süffisanz. Geschichte ist geduldig. Ich möchte ein paar Dinge klarstellen und Fakten in diese Aufregung hineinbringen. Zum Zeitpunkt, zu dem die Zürcher Stimmbevölkerung mit 70 Prozent den Atomausstieg beschloss, war es nicht so ganz klar, was das genau bedeutet. Ich bin überzeugt, dass dies in der Tat möglich ist – wie, werde ich Ihnen noch sagen. Ich würde also bezweifeln, dass es sich dabei um einen Rausch handelte. Die atomkritischen Leute, die ich kenne, berauschen sich nicht an der Idee, eine gefährliche Atomenergie einmal abschalten zu können. Dass dies nicht geschah, ist wohl zuallerletzt die Schuld von Links und Grün. Andreas Kirstein (AL) irrt, wenn er sagt, der Ausstieg bedeute nicht, dass man das Zeug verkaufen müsse. Der Ausstieg für die Stadt Zürich bedeutet: Wir haben bekanntlich keine eigenen AKW, sonst hätte man sie abschalten oder dies mit einem sauberen Ausstiegsszenario einleiten können. Der Ausstieg bedeutet zweierlei: Man muss seine Beteiligungen verkaufen können und – wenn man redlich ist – die entsprechende Menge Energie muss erneuerbar erzeugt werden können, die ansonsten von den AKW bezogen wird. Da sind wir bekanntlich auf gutem Weg, das ewz leistet dies durchaus. Der Verkauf dieser Beteiligungen ist der zweite Teil dieser Komponente – ein klarer Volksauftrag. Mich beelendet, wie man diese 70 Prozent der Bevölkerung hinstellt. Wenn ich Andreas Kirstein (AL) zusammenfasse, ist das ein verwirrtes Häufchen, das von linken Verführern und grünen Charmebolzen überredet wurde, dem zuzustimmen, wohlwissend, dass das nicht funktionieren wird. Das lief damals nicht so. Man setzte sich dieses Ziel und sagte sich: Jetzt muss man das probieren. Was wir heute diskutieren, ist so ein Versuch, den ich ebenfalls als redlich, kompetent und professionell bezeichne. Wessen Schuld das ist, dass er nicht gelang, wäre eine interessante Debatte wert. Daher ist das, was wir hier mit dem erneuten Postulat

machen genau das, was ein Parlament machen kann. Nicht, weil STR Michael Baumer dies nicht sowieso machen könnte. Er und ich sind uns diesbezüglich 100 Prozent einig. Wenn jemand findet, es sei allein redlich, den Artikel in den Übergangsbestimmungen der Gemeindeordnung aufzuheben, steht euch eine Volksinitiative absolut frei. Ich wäre gespannt, wie der Wortlaut einer solchen Initiative lauten würde, wenn damit wieder AKW eingeführt werden sollten. Es ist sehr einfach, heute Abend nach den Geschehnissen der vergangenen dreissig Jahren zu sagen, man habe es schon immer gewusst, dass das nicht funktioniere und alles ein komisches Spiel sei. Ich weise zaghaft darauf hin, wer uns die AKW-Technologie eingebracht hat. Nur so viel: Wir Grünen waren es nicht. Wir entstanden erst, weil ein AKW explodierte. Aber auch das führt uns nicht zu einer Lösung. Der Hinweis, wir hätten keine Lösungen, mag ja stimmen, aber, Johann Widmer (SVP), ich muss Sie darauf hinweisen, dass im Jahr 2034 Ende Feuer ist. Was das genau bedeutet, wird tatsächlich interessant. Das Datum steht in der Verfassung, bleibt dort drin und ich habe heute Abend kein Votum der Gegnerinnen und Gegner gehört, das mir irgendwie geholfen hätte, aus dem Schlamassel herauszukommen.

Ernst Danner (EVP): *Die Verkaufsabsichten waren von Anfang an nicht realistisch, wie es Andreas Kirstein (AL) glänzend aufzeigte – dem muss nichts mehr beigefügt werden. Beim Postulat haben wir eine zwiespältige Situation. Das Postulat verlangt, dass man versucht, die AKW stillzulegen, sofern man diese nicht verkaufen kann. Das heisst, wenn man sie verkaufen kann, bemüht man sich nicht um deren Stilllegung. Wenn man also jemanden im In- oder Ausland findet, der diese Anteile kauft, könnten die AKW weiterbetrieben werden. Das hiesse ja, sie wären nicht mehr gefährlich, wenn sie uns nicht mehr gehören. Letztlich ist es ein absurdes Postulat, dem wir auf keinen Fall zustimmen können. Ich weiss nicht, was sich die Autoren dabei überlegt haben. Neben dieser Polemik möchte ich sagen, dass wir ein gespaltenes Verhältnis haben: Sind wird dagegen, dass die AKW bis 2034 stillgelegt werden, nehmen wir in Kauf, dass sie länger betrieben werden – das Risiko eines Grossunfalls besteht so oder so in den nächsten 15 Jahren. Wir sind also jetzt schon in der Situation, dass wir das Risiko bewusst in Kauf nehmen, wenn wir sie laufen lassen. Die Frage ist: Sind wir ethisch besser dran, wenn wir dieses Risiko nur 13 Jahre in Kauf nehmen oder 20 oder 30. Das hängt letztlich davon ab, ob diese Anlagen mit der heute vermuteten Sicherheit betrieben werden können. Ist dies der Fall, ist es für uns keine zentrale, ethische Frage, ob die Anlagen noch etwas länger betrieben werden oder nicht. Wir lehnen diesen Vorstoss ab.*

Matthias Probst (Grüne): *Diese Debatte ist schräg. Drei Punkte sollten uns allen heute zu denken geben, auf die ich auch die Zuschauenden im Stream und die Medienschaffenden bitte, ein Auge zu werfen. Vielleicht ist das, was wir hier diskutieren nicht nur ein städtisches Thema, sondern wir sind schon tief drin in der nationalen Politik. Punkt 1: Wir haben es mitunter mit einer der krassesten Formen von Zwangswirtschaft zu tun, die mir in der Schweiz jemals begegnet ist. Dass von rechter Seite gegen diese Form von Planwirtschaft und staatlich betriebener Kraftwerke, finanziert mit Geldern der Nationalbank nicht mehr reklamiert wird, wundert mich. Und dann dürfen wir es nicht abstellen, obwohl 70 Prozent der Bevölkerung dies wünschen, weil es sich nur um Beteiligungen handelt. Aber selbst diese Beteiligungen dürfen wir nicht abschieben. Das sollte*

euch zu denken geben. Punkt 2: Diese Kraftwerke haben offensichtlich keinen ökonomischen Wert, sonst hätte man jemanden gefunden, der sie kauft. Das ist eine Bankrotterklärung der Atomindustrie. Hätte man diesen Satz vor zehn Jahren gemacht, hätte man mich dafür öffentlich genagelt. Punkt 3: Die Sicherheit ist offenbar nicht gewährleistet. Wäre es so, dass das eine sichere Sache ist und das ENSI seine Arbeit machen und hin und wieder bei den AKW vorbeigehen würde, könnte man es irgendjemandem verkaufen, denn die Sicherheit wäre gewährleistet. Das ist nicht der Fall, darum können wir sie nicht verkaufen. Sonst könnte gar die SVP sie kaufen und selbst betreiben. Sie hätte es für einen Franken erhalten. Aber die Sicherheit ist nicht gewährleistet, wenn es die SVP betreibt, weshalb sie es nicht erhalten. Offenbar ist unser Staat nicht in der Lage, die Sicherheit zu gewährleisten, was nicht weiter erstaunlich ist. Wir haben die mitunter ältesten Reaktoren der Welt. Es kam wiederholt zu kritischen Vorfällen in Schweizer AKW und sie wurden schon wiederholt aufgrund von Sicherheitsbedenken heruntergefahren. Darum ist der Merksatz von heute Abend für die Schweizer Gesamtbevölkerung: Lasst die Finger von dieser Technologie! Kommt nicht im Traum auf die Idee, weitere dieser Dinger zu bauen! Lasst uns auf nationaler Ebene zu einem Abschaltdatum kommen. Wenn man noch nicht einmal die Beteiligungen abschieben kann, dann beteiligt euch auch nicht an diesen Kraftwerken.

Samuel Balsiger (SVP): Markus Kunz (Grüne) reagierte fast schon beleidigt, weil ein leeres Versprechen Ihrerseits nicht umgesetzt werden kann. Heute ist ein interessanter Tag, denn Sie versprechen viele Luftschlösser mit Daten, bis zu denen Dinge gemacht werden sollen. Es sind nie konkrete Anliegen mit einem Preisschild mit denen Sie der Bevölkerung reinen Wein einschenken. Das neueste Luftschloss ist Netto-Null bis 2030. Früher war es die 2000-Watt-Gesellschaft bis 2040. Es ist brillant, diese Luftschlösser so weit in die Zukunft hinaus zu versprechen, denn wenn der Zeitpunkt der Abrechnung kommt, sind die politisch Verantwortlichen schon längst nicht mehr in dieser Verantwortung. Das Interessante ist, das es heute so deutlich wird, dass nichts von dem umsetzbar ist, was Sie versprechen. Auch Netto-Null bis 2030 – ich bin froh, haben Sie nicht 2050 gesagt, sonst müsste ich noch länger warten, bis Sie sich blamieren, bis 2030 werde ich aber noch in einer politischen Funktion sein – ist nicht umsetzbar und Sie müssen das den Leuten erklären, warum das so ist. Auch die günstigen Wohnungen, wie toll die Masseneinwanderung doch sei und alles andere, was Sie versprechen sind alles leere Versprechen. Die Daten rücken langsam näher. Das erste haben wir erreicht: nicht umsetzbar! Das nächste Datum wird 2030 sein mit Netto-Null und auch das wird nicht umsetzbar sein.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist bezeichnend, dass Markus Kunz (Grüne) diese Debatte in Zeiten des Wahlkampfs nicht anreissen möchte. Er weiss, warum. Denn dann müssten die Grünen ein Eigentor nach dem anderen aus dem Netz fischen, was sie unter keinen Umständen möchten. Die Luftschlösser von Links und Grün basieren auf Forderungen, die man in den Raum stellt, ohne etwas zu leisten. So basiert man seine Politik auf leeren Forderungen. Die Klimajugend tut das auch so. Diese Luftschlösser sind wie Fata Morganas: Man glaubt, einer rettenden Oase näher zu kommen, aber diese löst sich am Schluss in Nichts auf. Eine solche Politik wird nun gemacht. In der Wüste verdurstet man, hier geht's uns auch schlecht. Auf die Polemik der linken

Seite möchte ich nicht weiter eingehen, sondern nur ein Beispiel aufzeigen, das zu dieser Wende geführt hat, nämlich Fukushima. Nie wurde thematisiert, dass die Betreibergesellschaft Tepco Prüfprotokolle fälschte. Das war kriminell. Hier in der Schweiz gibt es das nicht, sondern das Gegenteil ist der Fall: Besteht irgendwo der kleinste Zweifel, wird ein solches Kraftwerk heruntergefahren, bis die Sicherheit zu 100 Prozent wieder gewährleistet wird. Dieses Verhalten als Mangel darzustellen, ist der Gipfel der Polemik. Darin sind die Grünen und die Klimajugend stark. Die Klimajugend wird ihre Ziele ohne Atomkraft nicht erreichen können, aber fordern ist halt einfach, leisten nicht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Die Hauptbotschaft ist, dass wir grosse Anstrengungen unternommen haben, um den Auftrag zu erfüllen, konnten schlussendlich aber kein geeignetes Angebot finden. Wirklich überraschen kann das nicht. Schon in der Debatte im März 2018 wies man auf die Schwierigkeiten hin, wenn man etwas zu verkaufen versucht, dass man eigentlich abschalten möchte. Da ist auch ein Fehler im Votum der GLP: Ein Verkauf ist keine Stilllegung. Da waren Sie nicht ganz ehrlich. Alle haben anerkannt – und dafür danke ich Ihnen – dass das ewz diese Anstrengungen zusammen mit dem Departement wirklich angegangen ist. Wir sind mit grosser Energie an die Sache herangetreten und haben über 100 potentielle Käufer weltweit und in der Schweiz gesucht. Wir erhielten zwei unverbindliche Offerten, bei denen zu wenig Aussicht auf Erfolg bestand. Die Leistungen wurden von Ihnen gesprochen, um allein diesen Punkt zu erreichen – dies umfasst natürlich auch die Eigenleistungen. Erst jetzt wären wir in einen wirklichen Verkaufsprozess eingetreten. Für diesen Schritt hätten wir Ihnen ungefähr sechs Millionen Franken beantragen müssen. Angesichts der geringen Erfolgsaussichten wäre dies unverantwortlich gewesen. Michael Kraft (SP) legte Ihnen die Gründe dar, warum wir davon ausgingen, nichts zu erreichen. Einen Punkt möchte ich noch ergänzen: Die anderen Aktionäre müssen jeweils zustimmen, wenn ein neuer Partner teilhaben sollte. Darum wird die Lösung, wonach eine Partei das Kraftwerk für einen Franken übernimmt, zu keinem Ziel führen. Festzustellen ist, dass die Partner nicht bereit sind, ihre Anteile zu erhöhen. Ich bin der Meinung, dass hier eine Chance vertan wurde. Das Anstreben einer Konsolidierung in der Schweiz wäre sinnvoll gewesen. Es bleibt zu hoffen, dass sich hier jemand mal noch bewegt und erkennt, dass das einfacher wäre für den Umgang mit all den Fragen, die sich rund um die Kernkraft stellen. Ein Grund, warum unsere Partnerwerke nicht übernehmen wollten: Sie können sich gewissermassen auf dem Sofa ausruhen und ablehnen, bis wir es ihnen gratis geben würden, ohne die Risiken übernehmen zu müssen. Das kann es aber nicht sein. Der ganze Ablauf führte aber durchaus auch zu einem positiven Ergebnis: Wir haben mit diversen anderen Partnern herausgefunden, dass sie ähnliche Interessen verfolgen. Die Gespräche, die wir mit ihnen führten, zeigten auf, dass wir diese Plattformen auch künftig nutzen möchten. Damit sind wir bei der Frage, wie wir weiter verfahren möchten. Einen Punkt hat Markus Kunz (Grüne) ausgeführt: Mit der Produktion der erneuerbaren Energien, die wir Ihnen in den vergangenen Jahren beantragt und seither umgesetzt haben, haben wir auch betriebswirtschaftlich die Voraussetzungen erfüllt, damit wir in der Stadt Zürich unseren Kundinnen und Kunden ausschliesslich erneuerbare Energie anbieten können – dies*

auch mit den 200 Millionen Franken für Rekonzessionierungen und Windkraftwerke, die am 13. Juni 2021 zur Abstimmung gelangen. Für die Frage der Beteiligungen ändert dies allerdings noch nichts. Der Gemeindeordnungsauftrag mit dem Verkauf bis 2034 bleibt bestehen – bliebe ich etwas länger im Amt als mein Vorgänger, würde ich dann berichten, was geschieht. Wir werden das Umfeld laufend analysieren und Gespräche mit allfälligen Interessenten führen. Den Auftrag, den Sie uns mit dem Postulat geben möchten, dürfen Sie uns gerne geben, weil er durch die Gemeindeordnung bereits besteht. Wenn Sie dies durch ein Postulat bekräftigen möchten, nehmen wir das selbstverständlich entgegen. Es ist aber so, dass wir nur mit den Partnern, die die gleichen Interessen vertreten wie wir, nicht aussteigen oder stilllegen können, da wir unter 50 Prozent sind. Was natürlich nicht sein darf, ist, dass wir ab 2034 diese Werke weiter finanzieren, ohne den Strom beziehen zu können. Eines darf man nicht ausser Acht lassen: wir sind historisch Verpflichtungen eingegangen und können uns jetzt nicht einfach davonstellen.

Schlussabstimmung

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Michael Kraft (SP) Referent; Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Roberto Bertozzi (SVP), Niyazi Erdem (SP), Andreas Kirstein (AL), Marcel Müller (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Jürg Rauser (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Ronny Siev (GLP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP), Barbara Wiesmann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Bericht über den Abbruch des Verhandlungsprozesses mit den beiden vorliegenden Interessenten wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Juni 2021

4010. 2021/140

**Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 31.03.2021:
Stilllegung der Kernkraftwerke bis 2034, falls die Beteiligungen an der Kraftwerke
Gösgen-Däniken AG (KKG) und der AG für Kernenergiebeteiligungen Luzern
(AKEB) nicht verkauft werden können**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2020/520, Beschluss-Nr. 4008/2021.



11 / 11

Ronny Siev (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3795/2021).

Johann Widmer (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. April 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 80 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat